

Antrag	Vorlage-Nr:	VO/2019/4082		
	Öffentlichkeitsstatus:	öffentlich		
Weitere Fortschritte im Klima- und Ressourcenschutz für Osnabrück / Antrag der CDU/BOB-Gruppe				
Beratungsfolge:				
Gremium	Datum	Sitzungsart	Zuständigkeit	TOP-Nr.
Verwaltungsausschuss	25.06.2019	N	Vorberatung	
Rat der Stadt Osnabrück	25.06.2019	Ö	Entscheidung	

Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung, Eigenbetriebe und Gesellschaften werden gebeten zu prüfen, ob es machbar ist, teil- bzw. vollelektrische Wertstoffsammel-, Reinigungs- und Spülfahrzeuge oder Hubsteiger anzuschaffen, um einen weiteren Beitrag zur Emmissionsminderung in Osnabrück zu erreichen. Geprüft werden soll auch, ob für solche Anschaffungen Fördermittel von Bund und Land eingeworben werden können.
2. Die Stadtverwaltung und die Stadtwerke werden gebeten zu prüfen, ob es machbar ist, eine Phosphor-Recyclinganlage beim Klärwerk Osnabrück zu errichten, um den lebenswichtigen Rohstoff wirtschaftlich effizient und im großtechnischen Maßstab aus Abwasser zurückzugewinnen. Geprüft werden soll auch, ob für eine solche Recyclinganlage Fördermittel von Bund und Land eingeworben werden können.

Begründung:

1. Auf dem Weg ins postfossile Zeitalter müssen alle Bereiche einen Beitrag leisten. In der Stadt Thun in der Schweiz, ist bereits seit einiger Zeit das vollelektrische Abfallsammelfahrzeug Futuricum im Einsatz. Inzwischen ist das erste Fahrzeug in Frankfurt vorgestellt worden, um getestet zu werden. Das neue vollelektrische Sammelfahrzeug verspricht eine wesentlich leisere und nahezu schadstofffreie Wertstoffsammlung. Es gibt z.Z. drei Anbieter für Sammelfahrzeuge mit reinem Elektroantrieb.
2. Am 1. März 2019 wurde der Grundstein für die weltweit erste Phosphor-Recyclinganlage auf dem Klärwerk Hamburg gelegt. Die Anlage geht 2020 in Betrieb und wird jährlich aus 20.000 Tonnen Klärschlammasche ca. 7.000 Tonnen hochreine Phosphorsäure produzieren. Die weltweiten Phosphorvorkommen sind endlich, die Nachfrage steigt aber konstant. Würden alle deutschen Kläranlagenbetreiber dem Hamburger Beispiel folgen, könnte auf 60 Prozent der Phosphorimporte verzichtet werden. Ab 2029 ist es gesetzlich vorgeschrieben, Phosphor aus Abwasser zurückzugewinnen und in den Kreislauf zurückzuführen. Modellprojekte wie das in Hamburg werden vom Bundesumweltministerium gefördert

Der Inhalt der Vorlage unterstützt folgende/s strategische/n Stadtziel/e:

nicht zutreffend

gez. Dr. E. h. Fritz Brickwedde
CDU-Fraktionsvorsitzender

gez. Dr. Ralph Lübbe
BOB-Fraktionsvorsitzender